

A2Ä8 Bezahlkarte diskriminiert Geflüchtete, Leistungsausschluss nicht vereinbar mit Verfassungs- und Europarecht

Antragsteller*in: Christina Prothmann (KV Jena)

Änderungsantrag zu A2

Von Zeile 73 bis 83:

~~Immer klarer wird, dass die Einführung diskriminierender Bezahlkarten für Geflüchtete nur ein Einstieg in eine weitere Gängelung auch anderer Leistungsberechtigter ist. CDU-Ministerpräsident Voigt hat sich, inzwischen auch unterstützt von SPD-Innenminister Maier, in den letzten Wochen immer wieder gegen den Bürgergeldbezug von Menschen aus der Ukraine positioniert und nicht nur aus Greiz und Sonneberg wurde von den Landräten vorgeschlagen, grundsätzlich über Bezahlkarten für Bürgergeldempfänger*innen nachzudenken. Sogar SPD-Landräte fordern mittlerweile, dass Sozialleistungen nur noch als Darlehen gewährt werden sollen. Hinzu kommen die Rufe nach einer generellen Arbeitspflicht für Leistungsbezieher*innen. Das alles ist nicht nur grundgesetzwidrig, sondern auch menschenverachtend.~~

Die Einführung von Bezahlkarten für Geflüchtete steht sinnbildlich für eine Entwicklung, die über diese Gruppe hinausreicht. Äußerungen von Ministerpräsident Voigt (CDU) und Innenminister Maier (SPD) sowie Vorschläge aus mehreren Landkreisen, Bezahlkarten oder Leistungskürzungen auch auf Bürgergeldempfänger*innen auszuweiten, zeigen eine gefährliche Tendenz. Dabei lehnen uns Jahrzehnte deutscher Migrationsgeschichte, wie Integration gelingt: durch Offenheit, Zugang zu Arbeit, Bildung und gesellschaftliche Teilhabe. Wer marginalisierte Gruppen gegeneinander ausspielt, schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und wiederholt alte Fehler. Statt Ausgrenzung braucht es Vertrauen, Unterstützung und gemeinsame Verantwortung, um die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam, solidarisch und erfolgreich meistern zu können.

Von Zeile 89 bis 93:

~~erhalten und danach der komplette Leistungsausschluss inklusive Obdachlosigkeit und Ausschluss von medizinischer Versorgung droht. Das ist nichts anderes als organisierte Verelendung. Insbesondere in Verbindung mit einer möglichen Verlängerung der DUBLIN-Frist ist dieses Vorgehen geeignet Menschen quasi in die Illegalität zu treiben, statt Perspektiven zu schaffen.~~

Eine solche Praxis nimmt menschliches Leid bewusst in Kauf und führt zu einer systematischen Verelendung, die Menschen in die Illegalität drängt, anstatt ihnen Perspektiven und Wege zur Integration zu eröffnen. In Verbindung mit einer möglichen Verlängerung der Dublin-Frist verschärft sich diese Situation zusätzlich.

Von Zeile 108 bis 112:

Geflüchteter und damit für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das ist umso ~~absurderwidersinniger~~ in einem überaltertem Bundesland wie Thüringen, das auf Migration und gelungene Integration so dringend angewiesen ist.

Nicht nur vor diesem Hintergrund haben Kürzungen und veränderte Förderschwerpunkte auf Bundes- und Europaebene drastische Auswirkungen, so dass beispielsweise Beratungs- und Therapieangebote

Von Zeile 114 bis 116:

~~Auch einen Plan, wo und wie Geflüchtete künftig menschenwürdig untergebracht werden, wie ihnen Teilhabe und der Zugang zum Arbeitsmarkt besser ermöglicht wird, ist mit Blick auf die Brümbeerkoalition nicht erkennbar.~~

Das Land muss hier in die Ausfallfinanzierung gehen und dieses so wichtige Angebot in Thüringen erhalten.